

II-12296 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5962/13

1994 -01- 21

## ANFRAGE

der Abgeordneten Ing. Kurt Mathis und Kollegen  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Gefährdung von Arbeitsplätzen im österreichischen Speditionswesen

Im österreichischen Speditionswesen sind ungefähr 3000 Mitarbeiter mit der Verzollung, dem Wareneingang und der Abwicklung der Zolldeklaration beschäftigt. Im Fall eines Beitritts Österreichs zur Europäischen Union sind diese Mitarbeiter vom Verlust ihrer Arbeitsplätze bedroht. Als besonders problematisch erweist sich in diesem Zusammenhang die fehlende Möglichkeit, diese Mitarbeiter allmählich auf andere Arbeitsplätze zu transferieren, da sie bis zum Tag des Beitritts auf ihren jetzigen Arbeitsplätzen unabkömmlich sind.

Da dieses Problem strukturell nicht bewältigt werden kann, sind alle Beteiligten aufgefordert, in einer "konzertierten Aktion" ein gemeinsames Lösungsmodell zu erarbeiten, um für diese Menschen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem die Arbeitsmarktverwaltung und das Sozialministerium müssen umgehend Vorkehrungen treffen, um den beruflichen Umstieg der Betroffenen zu ermöglichen und erleichtern.

Von Seiten des Sozialministeriums sollte diese Problematik auch bei den Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union ausführlich erörtert werden. In diesem Zusammenhang ist über eine Mitfinanzierung der Europäischen Union an einem entsprechenden Maßnahmenpaket zu verhandeln.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

### Anfrage

- 1) Wurden von Seiten des Bundesministerium für Arbeit und Soziales in dieser Frage entsprechende Lösungsmodelle erarbeitet?

- 2) Wenn ja, welche?
- 3) Wenn nein, warum nicht?
- 4) Wurden von Seiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales dieses Thema bei den Beitrittsverhandlungen erörtert?
- 5) Wenn ja, wurden von der Europäischen Union konkrete Zusagen gemacht?
- 6) Wenn nein, sind Verhandlungen in dieser Frage vorgesehen?
- 7) Wenn nein, warum nicht?
- 8) Hat die Europäische Union früheren Beitrittswerbern finanzielle Unterstützungen für Umschulungen und ähnliche Maßnahmen gewährt?
- 9) Wenn ja, welche konkreten Projekte sind Ihnen in diesem Zusammenhang bekannt?